



## Themenrubrik Energie

Kontakt: energie@gruenes-blatt.de  
Einsendeschluss: 11.10.2015

*Thematisch passende Beiträge für diese Rubrik im nächsten grünen blatt bitte vor Einsendeschluss an uns mailen.*

*Wir freuen uns über Menschen, die sich an der Energierubrik beteiligen wollen!*

## Keine neuen AKWs in Schweden

**NukeNews** In Schweden werden keine neuen Atomkraftwerke gebaut. Im Herbst 2014 beschloss die schwedische Regierung, das staatseigene Unternehmen Vattenfall werde seine Planung eines neuen Reaktors beenden. Vattenfall arbeitete nicht weiter an dem Projekt, zog aber den Antrag, den es dem staatlichen Amt für Strahlenschutz (SSM) geschickt hatte, nicht zurück. Am 23. Januar berichtete das SSM, es habe beschlossen, Vattenfalls Antrag auf einen neuen Reaktor nicht weiter zu bearbeiten. Dem schwedischen Radio und anderen Nachrichtenkanälen zufolge bedeutet das, dass Pläne für den Ausbau neuer Atomkraft in Schweden jetzt komplett gestoppt wurden. Anti-Atomkraft-Gruppen begrüßen diesen Beschluss. Allerdings wurde nicht angegeben, bis wann Schweden seine alten Reaktoren stilllegen will, die immer noch in Betrieb sind und ein enormes Sicherheitsrisiko darstellen.

## Infomaterialien

<http://Material.Nuclear-Heritage.NET>

*Anti-Atom-Materialien aus unterschiedlichen Ländern können hier in verschiedenen Sprachen heruntergeladen oder in gedruckter Form bestellt werden.*

on auf Initiative des Saarlandes wurde bereits nach Tschernobyl 1989 vom Deutschen Bundesrat befürwortet. Im Zuge des EU-Verfassungsprozesses 2005 verlangten fünf EU-Regierungen[5] eine Reform des EURATOM-Vertrags. Eine entsprechende Revisionskonferenz hat jedoch bisher nicht stattgefunden. Dazu könnten die Atomstaaten allerdings eher bewegt werden, wenn ein Mitgliedstaat, zumal Deutschland, Ernst macht und zur bislang beispiellosen – und dann beispielgebenden – Tat schreitet: zur Ankündigung, aus EURATOM auszutreten! Eben dies hat der Deutsche Bundestag bereits 2003 von der Bundesregierung verlangt.

Deshalb fordern wir von der Bundesregierung und den Parteien im Deutschen Bundestag:

**Keine deutsche Förderung mehr für die atomare Option in Europa!**

**Kündigung des EURATOM-Vertrags, wenn nicht binnen angemessener Zeit[6] eine Revisionskonferenz einberufen und eine echte EURATOM-Reformagenda erstellt wird!**



<http://atomkraftfrei-leben.at>

## Fußnoten:

1: „Wird Europa seine Ängste und Aberglauben überwinden können und fähig sein, auf dem Weg der Einheit hin zu einer völligen Beherrschung der Kernenergie fortzuschreiten? In ihrer militärischen Form ist sie zweifellos berufen, noch auf Jahre hinaus eine unersetzliche Rolle zu spielen (...).

In ihrer industriellen Form vermag sie uns den Zugang zu unerschöpflicher Energie zu garantieren – die oberste Voraussetzung für Entwicklung und Wohlstand und damit für den Frieden.“ P. LACOSTE, damals Präsident der Fondation pour les Etudes de Défense Nationale und einer der ranghöchsten frz. Militärs. Aus seinem Vorwort zu Olivier PIROTTE et al.: Trente ans d'expérience Euratom. – La naissance d'une Europe nucléaire, Bruylant, Bruxelles 1988. – Belege zu Mitterrand, Delors und weiteren in H. STOCKINGER: Atomstaat, zweiter Anlauf? Die zivile und militärische Integration Österreichs in die Europäische Atomgemeinschaft. Hrsg. Dachverband AntiAtomInternational, Wien 1993.

2: Die Mütter gegen Atomkraft e.V. haben zur EU-Wahl im Frühjahr 2014 die SpitzenkandidatInnen u.a. gefragt: „Wie viel Geld zahlt Deutschland jährlich für die Kernenergieförderung aufgrund des Euratom-Vertrags?“ Darauf antworteten CDU, CSU und SPD unisono: „Der aktuelle Finanzrahmen für das EURATOM-Forschungsprogramm von 2014 bis 2018 beträgt insgesamt ca. 1,6 Mrd. Euro.“ Dagegen Rebecca HARMS (GRÜ), langjährige Kennerin der Materie: „5,077 Mrd. Euro“. - Dabei ist festzuhalten, daß es mit dem EURATOM-FRP beileibe nicht getan ist: die Europäische Kernbrennstoff-Versorgungsagentur, die Abwicklung der Kredite unter EURATOM und derer der Europäischen Investitionsbank (EIB), das Instrument für die Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit (früher: Unterstützungsprogramme für Osteuropa PHARE und TACIS) u.a.m. sind formal nicht allesamt unter EURATOM angesiedelte Posten, jedoch zur Finanzierung der EU-Nuklearstrukturen und -aktivitäten zu rechnen.

3: Ethik-Kommission living document Kap 1-all, 201 10504

4: Manfred ROTTER, Universität Linz (2003); Michael GEISTLINGER, Universität Salzburg (2005); Bernhard WEGENER, Universität Erlangen-Nürnberg (2007)

5: Deutschland, Irland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Ungarn

6: z.B. eine halbe Legislaturperiode

